



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten  
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

**SPD**



**08. Mai 2015**

## Inhalt

- 1. BND und NSA: Jetzt müssen alle Fakten auf den Tisch!**
- 2. Erste Lesung Regelungspaket Fracking**
- 3. Städtebauförderung dank SPD auf Erfolgskurs**
- 4. Die kommunale Entlastung geht weiter: versprochen – gehalten!**
- 5. Vor 70 Jahren - Ende des Zweiten Weltkrieges**
- 6. Bundes- und Landespolitik im Austausch**
- 7. 6. Berliner Apfelweinanstich – Hessen feiert in Berlin**



## BND und NSA: Jetzt müssen alle Fakten auf den Tisch!

Sicherheit für unser Land und seine Bewohner zu gewährleisten ist oberste Aufgabe des deutschen Nachrichtendienstes BND. Um Gefahren und Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit rechtzeitig zu identifizieren, sind wir auf die Fähigkeiten der Nachrichtendienste angewiesen. Selbstverständlich ist dabei auch eine enge Kooperation mit ausländischen Diensten notwendig.

Wenn allerdings gegen Grundsätze in der Zusammenarbeit zwischen dem BND und dem amerikanischen Geheimdienst NSA verstoßen wurde, wenn deutsche Interessen verletzt wurden, dann müssen jetzt alle Fakten auf den Tisch und dem Untersuchungsausschuss schnellstmöglich vorgelegt werden! Die Vorwürfe gegen BND und Bundeskanzleramt wiegen schwer und müssen rasch geklärt werden. Dazu soll insbesondere die sogenannte „Selektorenliste“ mit Suchwörtern und Begriffen, die in ein gemeinsames Datennetz von BND und NSA durch die NSA eingespeist wurden, beitragen. Vizekanzler Sigmar Gabriel fordert zu Recht, dass diese Liste endlich vorgelegt wird!

Momentan gibt es nur einen Verdacht und wir sollten dementsprechend keine voreiligen Schlüsse ziehen, aber Aufklärung ist dringend notwendig. Der NSA-Untersuchungsausschuss, der ursprünglich den Snowden-Komplex aufklären sollte, muss noch eine Reihe von Zeugen hören und Dokumente prüfen. Wir haben vollstes Vertrauen in den Untersuchungsausschuss, der ja erst durch einen Beweisantrag die Sache ins Rollen brachte! Die Kontrolle des BND durch das Parlament scheint also gut zu funktionieren. Sollte es Aufsichtsdefizite beim Kanzleramt oder dem BND gegeben haben, müssten selbstverständlich Konsequenzen gezogen werden.

## Erste Lesung Regelungspaket Fracking

Am Donnerstag fand die [erste Lesung des Gesetzpaketes zu Fracking](#) statt. In teilweise leidenschaftlicher Debatte stellten die Rednerinnen und Redner ihre Positionen zu [den Gesetzentwürfen](#) vor. Bei der Einbringung des Gesetzes betonte Umweltministerin Dr. Barbara Hendricks erneut, dass sie große Zweifel habe, dass diese Technik unter energiepolitischen Gesichtspunkten wirklich gebraucht werde: „Wir brauchen keine neuen fossilen Energiequellen, die Zukunft gehört den Erneuerbaren.“ Gleichzeitig verdeutlichte Hendricks, dass nun strenge Regeln eingeführt würden, wo es bislang keine klaren Regeln gäbe und man vieles verbiete, was bislang nicht rechtssicher verboten werden konnte.

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies stellte für das Land Niedersachsen klar, dass das Bundesland auch zukünftig auf das in Niedersachsen traditionelle konventionelle Fracking setzen wolle, allerdings mit viel härteren Umweltauflagen und einer Umkehr der Beweisspflicht im Bergrecht.

Die Grünen forderten insbesondere wegen des Trinkwasserschutzes ein Fracking-Verbot. Dies ist jedoch höchst unglaublich, weil die Grünen in Hessen gerade mit der Versenkung von Salzabwässern ganz aktuell das Trinkwasser in Osthessen und Thüringen massiv gefährden! Trinkwasserschutz nur bei Fracking? Da bleibt doch ein „Geschmäcke“.



Die Emotionen erreichen übrigens auch die Schreibtische der Abgeordneten. Während Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gasunternehmen hunderte Postkarten schicken und für regionale Produkte (in ihrem Fall Erdgas und Erdöl) werben, weil sie Angst um ihre Arbeitsplätze haben, schicken Mitglieder der Bürgerinitiativen Massenmails mit der Forderung nach einem Fracking-Verbot.



Wir mahnen zur Ruhe. Nachdem das Gesetzpaket nun eingebracht wurde, werden wir es sorgfältig bewerten, mit Expertinnen und Experten beraten, ob es wirklich den besten Schutz für Mensch und Umwelt bringt und ganz am Ende der Gesetzgebung entscheiden, ob wir zustimmen können.

Im letzten Newsletter haben wir bereits verdeutlicht, dass wir noch Optimierungsbedarf insbesondere beim Lagerstättenwasser und bei der Expertenkommission sehen. Wir gehen die Sache ideologiefrei an und sind sicher, dass das Regelungspaket noch weiter verbessert wird.

## Städtebauförderung dank SPD auf Erfolgskurs

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind besonders stolz auf die Erfolge bei der Städtebauförderung! Denn: Städte und Gemeinden sind die Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Heimat bedeutet für viele Menschen auch ein gutes Wohnumfeld und eine funktionierende Infrastruktur und zwar nicht nur in den großen Städten, sondern auch im ländlichen Raum.

Aber Zusammenhalt, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität müssen uns auch etwas wert sein! Deshalb haben wir das Programm „Soziale Stadt“ gerettet und gestärkt und wir konnten darüber hinaus erreichen, dass alle Teilprogramme der Städtebauförderung mit einem jährlichen Volumen von 700 Millionen Euro stark aufgestockt wurden! Der schwarz-gelbe Kahlschlag der letzten Legislaturperiode gehört damit der Vergangenheit an.



[Am 9. Mai ist der „Tag der Städtebauförderung“](#), der bundesweit zum ersten Mal unter Beteiligung von mehr als 570 Städten und Gemeinden stattfinden wird. Das nehmen wir zum Anlass, in unserem [Antrag](#) noch einmal zu verdeutlichen, dass die Städtebauförderung eine Erfolgsgeschichte ist! Aber diese wichtige Aufgabe muss von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragen und fortentwickelt werden. Es stehen neue Herausforderungen an: Die alternde Gesellschaft, die gute Unterbringung von Flüchtlingen und mehr sozialer Wohnungsbau sind nur einige davon. Die Mittel müssen also auch in den kommenden Jahren fortgeschrieben werden und Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure vor Ort an der Weiterentwicklung aktiv beteiligt werden! Nur so können wir unsere Städte und Gemeinden lebens- und liebenswert erhalten!

#### Das hat die SPD bisher für die Menschen in Städten und Gemeinden erreicht:

- ✓ Einführung der Mietpreisbremse
- ✓ Einführung des Prinzips „Wer bestellt, bezahlt“ bei den Makler-Gebühren
- ✓ KfW-Förderprogramm für Neubau, Umbau und energetische Stadtsanierung wird fortgeführt und ausgebaut
- ✓ 2 Mrd. Euro jährlich für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm (davon 300 Mio. Euro als Zuschuss)
- ✓ Zusätzliche 165 Mio. Euro jährlich bis 2018 für Marktanreizprogramme für Energieeffizienz
- ✓ KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“ wurde mit 54 Mio. Euro wieder eingeführt
- ✓ Zuschuss von 4.000 Euro für den pflegebedarfsgerechten Umbau von Wohnungen durch die Pflegekasse (Pflegestärkungsgesetz)
- ✓ Stärkung alternativer Wohnformen zur Pflege (Alten-WG)
- ✓ Je 500 Mio. Euro in 2015 und 2016 für die Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen (eigener Antrag für nachhaltigen Wohnraum ist in Planung)
- ✓ 140 Mio. Euro zusätzlich bis 2018 für Modellvorhaben Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur
- ✓ 120 Mio. Euro zusätzlich bis 2018 für Modellvorhaben nachhaltiges Wohnen für Studenten und Azubis
- ✓ Soziale Wohnraumförderung

## Die kommunale Entlastung geht weiter: versprochen – gehalten!

**3,5 Mrd. Euro für Investitionen in finanzschwache Kommunen** - Am Montag fand eine [öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen](#) statt. Alle Sachverständigen, darunter auch der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und der Deutsche Landkreistag, äußerten sich sehr lobend zu der erneuten Unterstützung für Kommunen durch Union und SPD. Dafür wird noch im Jahr 2015 ein Sondervermögen von 3,5 Mrd. Euro angelegt. Welche Kommune als finanzschwach gilt, wird durch den Schlüssel Einwohner, Arbeitslosigkeit und Kassenkredite definiert. Für Hessen wurde ein Anteil von 9 Prozent

errechnet. Es werden bewusst geringe Zielvorgaben vorgegeben, damit die Kommunen flexibel sein können. Wichtig ist, dass, anders als bei den Konjunkturpaketen, auch bereits geplante Maßnahmen unterstützt werden können. Die geplante 10-prozentige Eigenbeteiligung kann auch von den Ländern zur Unterstützung der Kommunen geleistet werden. Es gibt hier einen Ermessenspielraum für die Länder und man darf gespannt sein, wie sich Schwarz-Grün in Hessen verhält.

## Vor 70 Jahren - Ende des Zweiten Weltkrieges

Vor 70 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der Zweite Weltkrieg in Europa.

Zuvor, am frühen Morgen des 7. Mai 1945, unterzeichnete Generaloberst Alfred Jodl im Namen des deutschen Oberkommandos die Gesamtkapitulation aller Streitkräfte im Alliierten Hauptquartier in Reims. Um den Beitrag der Roten Armee an der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus zu würdigen, wurde die Kapitulation nochmals im Sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Damit war der Zweite Weltkrieg in Europa beendet. Als am 8. Mai 1945 die Waffen endlich schwiegen, waren mehr als 60 Millionen Menschen tot. Gefallen an der Front, ermordet in Konzentrationslagern, verbrannt in Bombennächten, gestorben an Hunger, Kälte und Gewalt auf der großen Flucht.

### Gemeinsame Gedenkveranstaltung von Bundestag und Bundesrat

Vor Beginn der eigentlichen Plenarsitzung kamen am 8. Mai 2015 die Mitglieder von Parlament und Länderkammer anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges zu einer etwa einstündigen gemeinsamen Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Bundestages zusammen.

Zum Auftakt der [Gedenkstunde](#) hat Bundestagspräsident Norbert Lammert die Bedeutung des 8. Mai für ganz Europa betont. Er sei für den ganzen Kontinent ein Tag der Befreiung, aber kein Tag der deutschen Selbstbefreiung. Angesichts der leidvollen Kriegsjahre sei es umso erstaunlicher, wie die Völkergemeinschaft die Deutschen nach dem Krieg aufgefangen habe. Der 8. Mai sei Ende und Anfang zugleich für uns.

Lammert sagte, die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor 30 Jahren, in der er den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung bezeichnete, sei 1985 noch keine allgemein vorhandene Einsicht gewesen. Sie habe aber eine veränderte Wahrnehmung zum Ausdruck gebracht, die heute von einer breiten Mehrheit der Deutschen geteilt werde.

Nach den einleitenden Worten des Bundestagspräsidenten hielt der Historiker Prof. Dr. Heinrich August Winkler die Gedenkrede. Der 76-jährige gebürtige Ostpreuße Heinrich August Winkler ist emeritierter Professor der Humboldt-Universität Berlin, wo er seit 1991 als Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte wirkte. Winkler betonte, dass sich unter einer solchen Geschichte kein Schlusstrich ziehen lasse. Zur Verantwortung für das eigene Land gehöre aber immer auch der Wille, sich der Geschichte im Ganzen zu stellen.

Angesichts von Ausbrüchen der Fremdenfeindschaft, wie sie Deutschland in den letzten Monaten erlebt habe, und von antisemitischer Hetze und Gewalt hier und in anderen europäischen Ländern, mahnte Winkler: Es sei eine Verpflichtung, unter allen Umständen die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen zu achten.

Winkler betonte, es gäbe nach wie vor deutsche Verpflichtungen, die unmittelbar oder mittelbar aus der deutschen Politik der Jahre 1933 bis 1945 erwachsen. Das Deutsche Reich habe unter Führung Hitlers nicht nur die nationale Souveränität und territoriale Integrität vieler europäischer Staaten mit Füßen getreten. Es habe auch die Voraussetzungen für die viereinhalb Jahrzehnte währende Spaltung Europas in einen freien und einen unfreien Teil geschaffen. Daraus ergäbe sich eine besondere Pflicht zur Solidarität mit Ländern, die erst im Zuge der friedlichen Revolutionen von 1989/90 ihr Recht auf innere und äußere Selbstbestimmung wiedergewonnen haben.

Dem wiedervereinigten Deutschland falle innerhalb der EU schon auf Grund seiner Bevölkerungszahl und seiner Wirtschaftskraft eine besondere Verantwortung für den Zusammenhalt und die Weiterentwicklung dieser supranationalen Gemeinschaft zu, so Winkler zum Schluss seiner Gedenkrede. Dazu komme die Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergäbe. Sich dieser Geschichte zu stellen, sei beides: Ein europäischer Imperativ und das Gebot eines aufgeklärten Patriotismus.

## Bundes- und Landespolitik im Austausch

Es ist mittlerweile gute Tradition, dass sich auf Einladung der SPD-Landesgruppe Hessen in Berlin die hessischen Bundes- und Landtagspolitiker der SPD in der Landesvertretung zum Gespräch treffen. Neben vielen Abgeordneten konnte die Landesgruppenvorsitzende Ulrike Gottschalck auch den stellvertretenden SPD-Bundvorsitzenden und hessischen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel begrüßen.

Das Treffen in lockerer Atmosphäre war eine gute Gelegenheit für zwanglose Gespräche zwischen den Bundes- und Landespolitikern. Außerdem befördern solche Runden den Informationsfluss. Mit einer Stimme zu sprechen, ist für eine gute Kommunikation vor Ort, sowohl parteiintern als auch öffentlich, unerlässlich. Daher wurde auch vereinbart, die direkten Kommunikationskanäle noch weiter auszubauen, um für die hessischen Bürgerinnen und Bürger das Beste zu erreichen und zwar sowohl in Berlin als auch von Wiesbaden aus. So wurde beispielsweise über eine weitere kommunale Entlastung durch den neuen Investitionsfonds und mehr Hilfe für Flüchtlinge gesprochen. Aber auch vor Ort umstrittene Themen wie TTIP, Fracking und SuedLink wurden nicht ausgespart und kontrovers diskutiert. Am Ende waren sich alle einig, dass regelmäßige Treffen hilfreich sind, auch um die jeweils aktuellen Erfahrungen der Arbeit in der Opposition und in Regierungsverantwortung auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

## 6. Berliner Apfelweinanstich – Hessen feiert in Berlin



Im Frühjahr wird die Hessische Landesvertretung in Berlin zum Treffpunkt für Apfelweinkenner und -genießer, denn dann lädt die hessische SPD zum Apfelweinanstich ein. Am Dienstagabend eröffneten der SPD-Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel und die Landesgruppenvorsitzende der SPD-Landesgruppe Hessen im Bund, Ulrike Gottschalck, den politischen Empfang für Ehrenamt, Unternehmer und Politik.

Als besonderen Gast konnten Schäfer-Gümbel und Gottschalck Arbeitsministerin Andrea Nahles willkommen heißen. Zu Gast waren außerdem viele weitere Ehrengäste aus den Reihen der SPD, unter anderem die Ministerpräsidentin aus Rhein-Land-Pfalz

Copyrightvermerk © Frank Ossenbrink Media

Malu Dreyer sowie Staatssekretärin Brigitte Zypries, Staatsminister Michael Roth und der Oberbürgermeister aus Wiesbaden, Sven Gerich.

Insgesamt waren über 500 Gäste gekommen: Darunter Berliner, die Kontakt nach Hessen knüpfen wollten sowie Hessen, die den Austausch in der Bundeshauptstadt suchten.

Auch für das leibliche Wohl war gesorgt. Neben hessischen Spezialitäten wie Handkäs mit Musik, Grüner Soße und echter nordhessischer „ahler Wurscht“, gab es natürlich auch das „Stöffche“ im Bembel, präsentiert von der Höchster Apfelblütenkönigin Anika Schmitt.

Nicht nur kulinarisch hatte der 6. Apfelweinanstich einiges aus Hessen zu bieten, sondern auch kulturell. Die Band „Die Söhne Heusenstamm“ spielten unplugged Lieder mit hessischen Texten, zwei Clowns der Clownschule Hofheim brachten die Gäste zum Lachen und Karl-Heinz Stier, das Urgestein des Hessischen Rundfunks, gab den ein oder anderen Schwank über den Apfelwein zum Besten.

### **Unser Tipp:**

*- **Fanta Spielplatz-Initiative 2015:** Längst könnten viele Spielplätze, auch in Nordhessen, einen kreativen Neuanstrich vertragen. Ab sofort bis zum 7. Juni können sich daher Spielplatzeigentümer sowie Vereine, Initiativen oder auch Privatpersonen mit öffentlich zugänglichen Spielplätzen unter <http://spielplatzinitiative.fanta.de> um Förderung bewerben.*

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

**V.i.S.d.P.:**  
**Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck**  
**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Artikelbilder: fotolia**